

Christian Baldauf, MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt
15. Plenarsitzung, Donnerstag, 20. Januar 2022

Rede von Christian Baldauf zur Aktuellen Debatte der SPD-Fraktion
zu den so genannten ‚Montagsspaziergängen‘ in Rheinland-Pfalz

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

20.01.2022

Herr Präsident,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

seit nunmehr 2 Jahren beschäftigt uns Corona, diskutieren wir damit einhergehende Maßnahmen, Auswirkungen auf Berufsgruppen und auf die Gesellschaft.

Was ist geboten? Welche Maßnahmen sind geeignet? Und was ist noch verhältnismäßig? Einfache Antworten fallen schwer. Auch, weil die Pandemie und ihre Auswirkungen die Menschen unterschiedlich stark treffen. Für die einen ist es kein Problem, ihren auch in der Krise sicheren Job im HomeOffice zu erledigen – für andere ist Corona existenzbedrohend. Die einen konnten in ihrem Haus Lockdown-Phasen gut zu bestreiten – die anderen wussten in einer kleinen Wohnung kaum wohin mit sich und der Familie. Bei den einen spielt Corona im persönlichen Umfeld nur eine geringe Rolle – andere sind persönlich und unmittelbar betroffen – sei es durch eigene Erkrankung oder den Verlust von Angehörigen und Freunden. Und so individuell die Corona-Erfahrungen im Alltag sind, so individuell sind auch die Ableitungen daraus oder die jeweilige Haltung zur Pandemie.

Anrede,

das Demonstrations- und Versammlungsrecht ist eines der für die Demokratie konstituierenden Rechtsgüter. Über Eingriffe kann nur vor Ort, angepasst an die jeweiligen Gegebenheiten, entschieden werden – und natürlich steht jedem der Rechtsweg dagegen offen. Woche für Woche gehen bundesweit, auch in Rheinland-Pfalz, Menschen auf die Straße. Um gegen die Corona-Politik zu demonstrieren. Diese Absicht nehme ich auch einem Teil der Protestler ab. Aber genauso beobachte ich mit großer Sorge, dass sich die Szene radikalisiert.

- Zunehmende Ausschreitungen,
- Verachtung gegenüber Polizisten,
- Bedrohung von Journalisten.
- Anfeindung von Ärzten.

Ist jedem „Spaziergänger“ eigentlich klar, mit wem er auf der Straße spazieren geht?

Anrede,

einem Teil der Demonstranten geht es nicht um Corona-Maßnahmen. Sie lehnen unseren demokratischen Staat, sie lehnen unsere Polizei, die diesen Staat schützt, ab. Corona ist für sie nur ein Vehikel, dies gewaltsam unter dem Deckmantel des Demonstrationsrechts zum Ausdruck zu bringen. Deshalb braucht es eine klare und eindeutige, rechtsstaatliche Konsequenz.

Anrede,

machen wir heute in dieser Aktuellen Debatte deutlich: Der Angriff auf Polizeikräfte, wie wir es am Rande mancher sog. „Spaziergänge“ sehen, ist ein Angriff auf unseren Rechtsstaat. Das akzeptieren wir nicht! Die Polizei braucht hier Rückendeckung durch die Politik! Allein am vergangenen Montag gab bei uns mehr als 100 Demonstrationen mit über 10 000 Teilnehmern, zum Teil ohne Masken und Abstand.

Anrede,

unsere rheinland-pfälzischen Polizisten brauchen hier die Rückendeckung der Landesregierung!
Herr Innenminister Lewentz,

- verweisen Sie nicht immer nur auf die Kommunen.
- Setzen Sie klare, einheitliche Regeln in Rheinland-Pfalz durch.
- Ordnen Sie für alle Versammlungen und Spaziergänge Maskenpflicht und Abstandsgebot an!

Herr Minister, stehlen Sie sich nicht aus der Verantwortung!

Anrede,

es geht aber nicht nur um das Versammlungsrecht. Es geht um Grenzen der Meinungsfreiheit – dort, wo Rechte Dritter verletzt werden. Wenn Menschen im Zusammenhang mit den Corona-Maßnahmen von „Diktatur“ schwadronieren, dann ist das zwar ausgewiesener Unsinn – aber das haben wir in einer Demokratie zu ertragen.

- Wenn aber geschichtsvergessen Juden-Sterne mit dem Aufdruck „ungeimpft“ getragen,
- Wenn wissentlich und willentlich Unwahrheiten verbreitet werden.
- Wenn in Telegram-Gruppen bewusst verleumdet und gehetzt wird.
- Wenn Privatadressen von Ärzten, Wissenschaftlern und Politikern verbreitet werden mit dem Ziel, dort aufzumarschieren und diesen Menschen Angst einzujagen,
- wenn zu Gewalt und Aufruhr aufgerufen,
- gegen Masken- und Abstandspflicht verstoßen wird,

dann muss das Konsequenzen haben.

Hier darf es keine falsch verstandene Toleranz gegenüber Intoleranten geben und hier sollten, hier müssen wir uns als Demokraten einig sein!_Und ich rufe allen Spaziergängern, die nicht als Staatsfeinde aufmarschieren, sondern weil es ihnen um die Sache, um eine Haltung oder um Ängste geht, zu: Sie tragen eine Verantwortung dafür, mit wem sie gemeinsam demonstrieren. Geben Sie nicht rechtradikalen und rechtsextremistischen Gruppen eine Bühne! Distanzieren Sie sich davon!

Es ist bekannt, einige Spaziergänge werden von Rechtsradikalen gesteuert. Sie nutzen die Veranstaltungen, um sich in Szene zu setzen. Wer mit diesen Leuten gemeinsame Sache macht, als sei es das Normalste der Welt – handelt selbst verantwortungslos!

Anrede,

ein offenes Ohr, wo das Argument noch etwas zählt. Eine helfende Hand, wo Menschen berechnete Sorgen um ihre Existenz haben. Aber eben auch eine klare Kante gegenüber denen, die nur zerstören, die nur spalten wollen – das muss unsere Maßgabe sein. Herzlichen Dank!

Herr Präsident,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

zu einer Demokratie gehört die Dialektik von Argument und Widerspruch. Wir müssen ertragen, dass man uns widerspricht und ich glaube, das können wir auch. Aber es geht um das „wie“. Es geht um die Art und Weise. Es geht darum, ob wir auf dem Boden des Grundgesetzes debattieren - und da nehme ich die Meinungen aller Bürgerinnen und Bürger sehr ernst – oder ob wir es mit öffentlichem Aufruhr zu tun haben, der von radikalen Kräften gekapert und gesteuert wird. Hier endet der Dialog – denn er ist ja auch von der anderen Seite auch überhaupt nicht gewünscht.

Lassen Sie uns auf diejenigen zugehen, die berechtigte Sorgen haben. Lassen Sie uns geduldig bleiben – auch wenn einem das persönlich vielleicht manchmal schwerfällt. Wir müssen auch nach 2 Jahren Pandemie weiterhin zuhören und unsere Entscheidungen erklären – und auch mit demokratischem Widerspruch leben. So ist das in einer Demokratie.

Aber lassen Sie uns auf der anderen Seite auch eine klare Sprache gegenüber denen sprechen, die nicht von berechtigten Sorgen, sondern von purem Hass getrieben sind. Denen die Corona-Politik nur das Mittel zum Zweck ist, ihre antidemokratische Grundhaltung unter die Menschen zu bringen und unsere Gesellschaft zu vergiften.

Diese Differenzierung ist mühsam und nach knapp 2 Jahren Pandemie vielleicht auch manchmal sehr ermüdend. Sie ist auch nicht immer einfach. Aber sie ist wichtig, um diejenigen wieder zusammenzuführen, die auch ein Interesse daran, wieder zusammenzufinden. Um diese Menschen geht es – nicht um die Radikalen. Und dafür ist auch ein adäquater Umgang unter Demokraten so wichtig.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!